

Im Saale der Gastwirtschaft Geydach fand eine Besprechung der NSDAP statt, an der 19 Personen teilnahmen. Um 22.15 Uhr erfolgte eine Detonation, bei der die Fenster des Saales in Trümmer gingen. Personen wurden nicht verletzt. Nach dem vorläufigen Befund scheint der Anschlag so ausgeführt zu sein, daß der Sprengkörper an einem zehn Meter von dem Gebäude entfernten Baum niedergelegt worden ist, da der Baum zertrümmert und ein Betonpfeiler zerschlagen worden sind. Ueber die Täter ist noch nichts bekannt. Es steht fest, daß sich ein Kraftwagen nach dem Anschlag auf das nationalsozialistische Lokal in schneller Fahrt entfernte. Die die Untersuchung führenden Stellen vermuten, daß von den Insassen des gleichen Kraftwagens auch der Anschlag auf die Reichsbankniederlassung in Lügen verübt worden sei.

Ferner wurde in der Nacht auf die Wohnung des Ortsgruppenleiters der NSDAP in Freytag ein Anschlag verübt. Ein großer Stein wurde durch das Fenster geschleudert. Als der Ortsgruppenleiter zwei Schreckschüsse abgab, flüchteten die Täter.

In der Nacht zum Freitag hatten sich in der Kommissarstraße in Elbing zahlreiche Kommunisten angesammelt.

Als die beiden Nationalsozialisten Kaufmann Schmidt und Auscher Grün vorüberkamen, wurden sie angegriffen und mit Messern niedergeschlagen.

Sie erlitten lebensgefährliche Verletzungen am Kopf und Rücken.

Auf Anordnung des Regierungspräsidenten ist die Allensteiner Polizei durch einen Landjägerabteilung verstärkt worden. Der Oberbürgermeister als Polizeibehörde veröffentlichte am Donnerstag einen Aufruf, in der die Bevölkerung zur Ruhe aufgefordert wurde.

In Lyck wurden in der Nacht ein großes Schaufenster der Firma Simberg u. Tilsch in Trümmer zertrümmert. Während man im ersten Falle Steine benutzte, ist im zweiten Falle eine Handgranate gefunden worden, die nach Mitteilung des Landratsamtes in Lyck abgefeuert war, aber nicht explodiert ist. Wie von der Polizei festgestellt worden ist, handelt es sich um eine Stielhandgranate, die scharf geladen war und erst jetzt von der Polizei unschädlich gemacht worden ist.

In Johannisburg wurde in der Nacht zum Freitag gegen das Kaufhaus Scheimann von bisher unbekannten Tätern ein Anschlag verübt. Auf der Hofseite des Kaufhauses war ein 40 cm langes und 80 mm starkes mit Sprengstoff gefülltes Gasrohr in ein Fenster gelegt und zur Explosion gebracht worden. Zerstört wurden fast alle Fensterhebel im Hof. Vorn wurde eine Schaufensterhebel eingedrückt. Außerdem weisen die Mauern eines Anbaues große Risse auf. Die Anlage des Anschlages läßt darauf schließen, daß die Täter mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind. Die Polizei hat 500 Mark ausgelegt für denjenigen, der über die Täter Angaben machen kann.

Spezialkommissar nach Ostpreußen entsandt.

— Berlin, 5. August.

Wie der „Volksanzeiger“ erfährt, hat der Reichskommissar einen Spezialkommissar zur Aufklärung der Terrorakte nach Königsberg entsandt, und zwar ist mit diesem Auftrag der Oberregierungsrat Dr. Diers aus dem preußischen Innenministerium beauftragt worden.

Die Leibwache Hitlers.

Bewaffnung auf dem Umwege über Oldenburg.

Der „Regensburger Anzeiger“ veröffentlicht unter der Überschrift: „Eine tolle Schiedung — Hitler bewaffnet seine Leibwache“, ein Telegramm seines Berliner Sonderberichterstatters, in dem es heißt: „Wie wir von absolut zuverlässiger Seite erfahren, hat Hitler für seine Leibwache bei der Münchener Polizeidirektion Waffen bestellt, die beantragt wurden, über das nationalsozialistische Oldenburg die Bewaffnung durchzuführen zu können. Die Ausstellung der Waffen für die Leibwache erfolgte nämlich in Oldenburg, wo von der Regierung entsprechende Schritte beim Stadtmagistrat Oldenburg bereits getan wurden. Da aber Waffen für ein anderes deutsches Land als im ständigen Wohnsitz nur unter ganz besonderen Voraussetzungen, u. a. z. B. für einen Besuch oder für die Durchreise, ausgestellt werden können, soll demnach ein „Besuch“ Oldenburgs durch die braune Leibwache erfolgen, um durch diese Komödie die gewünschten Bestimmungen Rechnung zu tragen, oder besser gesagt, sie mit Hilfe dieser Schiedung zu umgehen.“

Das genannte Blatt bemerkt hierzu noch: „Vor einiger Zeit hat der Parteiführer der Nationalsozialisten beauftragt die Bildung einer besonderen uniformierten Leibwache in der Stärke von ungefähr 15 Mann angeordnet, die ihn in seiner Münchener Residenz bewacht und auf seinen zahlreichen Ausfahrten in einem Sonderwagen begleitet. Im Braunen Hause ist ein eigenes Wachtlokal für sie eingerichtet worden. Diese braunen Prätorianer werden jetzt auch mit Schusswaffen ausgerüstet, um Hitler vor der allzu kühnen Liebe „seines Volkes“ zu schützen. Wir nähern uns mehr und mehr baltischen Zuständen. Bis jetzt war es in Deutschland nicht üblich, daß ein Parteiführer sich eine bewaffnete Leibwache zulegte. Der Parteiführer Adolf Hitler hat auch das bisher für unmöglich gehaltene in die Tat umgesetzt. Hitler kann also jetzt mit bewaffneter Gefolge durch Deutschland reisen. Staatlich gebildete bewaffnete Privatgruppen auf der Straße — herrlich weit haben wir es in Deutschland schon gebracht!“

Der oldenburgische Ministerpräsident nach Berlin geladen.

)) Oldenburg, 5. August.

Wie das nationalsozialistische Organ „Freiheitskämpfer“ erfährt, hat sich der oldenburgische Ministerpräsident Röver auf telegraphische Einladung nach Berlin begeben, um dort mit dem Reichsinnenminister eine Besprechung über die Verwendung der SA als Hilfspolizei abzuhalten. Das Blatt erzählt dazu vom Staatsministerium, daß die Hilfspolizei nicht bei der oldenburgischen Polizei, sondern bei der Gendarmerie

eingestellt wurden und daß die Einstellung nur vorübergehender Natur sei. Die Entlassung der SA-Leute werde in nächster Zeit erfolgen. Ein anderes Blatt erzählt als Termin dafür den 11. August.

Das oldenburgische Innenministerium hat eine neue Verfügung über das Dienstverhältnis von Polizeioffizieren erlassen, durch deren Bestimmungen Polizeioberst Wante, der Organisator und langjähriger Kommandeur der oldenburgischen Polizei, und Major von Hellen genötigt sind, in den Ruhestand zu treten.

Ministerpräsident Röver hielt gestern einen Appell der Ordnungspolizei und der Gendarmerie ab, bei dem er vor allem seinen Dank an Oberst Wante aussprach. Im übrigen betonte der Ministerpräsident, die politische Gefährdung des einzelnen sei ihm gleichgültig, Polizei und Gendarmerie hätten nicht mit Parteipolitik zu tun. (In Oldenburg aber anders! Die Frage der Neubewaffnung der Polizeistellen ist noch nicht entschieden.)

Vorläufig keine Hilfspolizei.

— Berlin, 5. August.

Heute nachmittag hat beim Reichsinnenministerium eine Konferenz mit den Ministerpräsidenten von Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin stattgefunden. Der Reichsinnenminister hat ihnen die Pläne der Reichsregierung zur Bekämpfung des Terrors dargelegt. Man geht nicht mehr in der Annahme, daß nach Ansicht der Reichsregierung die bisher beschlossenen bzw. in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen ausreichen werden. Grundätzlich ist, so wird offiziell erklärt, Überlegungen der Länder, wie die Ruhe und Sicherheit im Bedarfsfalle aufrechterhalten werden kann, selbstverständlich berechtigt. Gleichwohl dürfen die Landesministerien in Mecklenburg-Schwerin und in Braunschweig in ihren Überlegungen die bisher getroffenen und neuen für den Notfall geplanten Maßnahmen der Reichsregierung berücksichtigen, so daß die Aufstellung von Hilfspolizei in diesen Ländern zunächst wenigstens unterbleiben dürfte. Die Verstärkung der Polizei in Oldenburg wird in Kürze wieder aufgehoben werden.

Deutschnationale Klage gegen Römer

Von unserer Berliner Redaktion.

!! Berlin, 5. Aug. (Drahtb.)

Bekanntlich hat der nationalsozialistische Ministerpräsident von Oldenburg, Römer, im Wahlkampf gegen die Deutschnationalen die wütendsten Beschimpfungen gebraucht. Er ließ zwar später erklären, seine Äußerungen seien entsteht wiedergegeben worden. Die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“ halten jedoch daran fest, daß Römer tatsächlich die schwersten Beschimpfungen ausgesprochen hat. Es habe sich erwiesen, daß er sich in Bezug auf die Deutschnationalen die Ausdrücke „Lumpen“, „Verräter am Volk“, „gemein und schmutzig“ gebraucht habe. Beweise seien genügend vorhanden. Außerdem wird mitgeteilt, daß die deutschnationale Organisation gegen den Ministerpräsidenten Römer Strafanzeige wegen öffentlicher Beleidigung gestellt hat.

72 Tote und 497 Schwerververletzte in 50 Tagen.

Eine Statistik der politischen Ueberfälle.

CNB Berlin, 5. August.

Der mit der Führung der Geschäfte des preußischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, hat auf Grund der Berichte der einzelnen Regierungspräsidenten eine Statistik der politischen Ueberfälle und Ausschreitungen aufgestellt, die die Zeit vom 1. Juni bis 20. Juli und sämtliche preußischen Gebietsteile außer Berlin umfassen.

Nach dieser Aufstellung sind in der angegebenen Zeit insgesamt 322 politische Ueberfälle erfolgt, die 72 Todesopfer gefordert haben. 497 Personen wurden dabei schwer verletzt. Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen

waren in 203 Fällen davon die Angehörigen Kommunisten, in 75 Fällen Nationalsozialisten, in 21 Fällen Reichsbannerleute, in 22 Fällen konnte die Schuldfrage durch die polizeilichen Ermittlungen nicht geklärt werden.

Für diese Statistik lagen u. a. auch die Berichte der Regierungspräsidenten vor dem 15. Juli zu Grunde, also vor dem Regimewechsel in Preußen.

Ueber die Ausschreitungen in Schleswig-Holstein hat der Reichsregierungspräsident einen eingehenden Bericht an das preußische Innenministerium gelangt, in dem die einzelnen Fälle, von den Aktionen Ueberfällen an, aufgeführt werden. Der Regierungspräsident stellt als Ursache dieser Ausschreitungen einerseits die Verhöhnung durch die kommunistischen Führer und Presse und andererseits die Tatsache, daß zweifelslos eine Reihe jüngerer SA- und SS-Leute sich nicht in der Hand ihrer Führer befindet.

Angesichts der ständigen politischen Ausschreitungen macht der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, erneut darauf aufmerksam, daß alle Maßnahmen ergreifen wird, die geeignet sind, Leben und Sicherheit zu schützen und daß er unterschiedslos gegen alle Schuldigen rücksichtslos vorgehen wird, ganz gleich, ob sie im rechten oder linken politischen Lager stehen.

Notverordnung gegen den Terror frühstens heute.

— Berlin, 5. August.

Die Entscheidung über die Intraffsetzung der von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung des politischen Terrors wird frühestens am Sonntag erfolgen. Einmal ist die entsprechende Notverordnung bisher noch nicht fertiggestellt, des weiteren muß noch die Zustimmung des Reichspräsidenten eingeholt werden, und schließlich hegt man in Regierungskreisen noch die Hoffnung, daß die Anfechtung der beschlossenen Maßnahmen die radikalen Elemente zur Besinnung bringen wird, so daß die Notverordnung noch vermieden werden könne. Dabei hat der Reichskommissar Dr. Bracht schon am Montag eine letzte Warnung an die Bevölkerung gerichtet und schärfere Maßnahmen angekündigt. Man muß sagen, daß Dr. Bracht offenbar ein langsames Tempo liebt.

Der „Völkische Beobachter“ und andere nationalsozialistische Blätter verlangen das Ständerecht gegen die Kommunisten und Notwehrrecht für die SA. Es muß einmal festgestellt werden, sagt das Münchener Blatt, daß es ein Unterschied sei, ob sich „Waffen in den Händen von Nationalsozialisten oder in den Händen marxistischer Verbrecher“ befinden. Es komme auf die Gewinnung und nicht auf den Tatbestand an. Es müsse die Bewaffnung der „ankündigen Elemente“ verlangt werden, worunter der „Völkische Beobachter“ natürlich die Bewaffnung der SA versteht. Nach seiner Logik ist die Tötung eines Menschen offenbar gerechtfertigt, wenn der Täter nationalsozialistische Gesinnung hat, der Getötete aber Marxist ist.

Das Reichsbanner hat bei der bayerischen Staatsregierung im Interesse der Befriedung des deutschen Volkes und der Durchführung des Bürgerfriedens das sofortige Verbot des „Völkischen Beobachters“ gefordert.

Die Vorhänge der Sozialdemokratischen Partei, Otto Weis und Hans Vogel, führten, wie der „Vorwärts“ berichtet, am Donnerstag bei Dr. Bracht schwere Beschwerden über den nationalsozialistischen Terror in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und anderen preußischen Landesstellen. Sie betonten das Recht der Notwehr im Sinne des Gesetzes und die Notwendigkeit für die republikanische Bevölkerung, zu Mitteln des Selbstschutzes zu greifen.

schüch zu greifen, wenn der Schutz des Staates versage. Der stellv. Reichskommissar habe bekannt, daß er die Gefahr sehe und erkläre, er sei bemüht, ihrer Herr zu werden.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß nahm am Freitag einen Bericht des Parteivorstandes des Volks über die politische Situation nach den Wahlen entgegen. In der anschließenden Debatte wurde nach der parteiamtlichen Mitteilung scharfe Kritik an dem Verhalten der Staatsorgane gegenüber nationalsozialistischem Terror geübt. Zum Schluß heißt es in dem Bericht: „Aus dieser Erwägung werden vom Parteiausschuß die Möglichkeiten eines beim Verlassen der Staatsgewalt einsetzenden organisierten Selbstschutzes erstrebt.“

Außer der am Donnerstag stattgefundenen Besprechung mit dem Reichsaussenminister von Neurath hatte der politische Beauftragte Hitlers, Hauptmann Goering, der „Befehlshaber“ zufolge, auch eine Unterredung mit dem Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, die den geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung des politischen Terrors galt. Goering dürfte, wie das Blatt ausführt, dabei zum Ausdruck gebracht haben, daß auch die NSDAP für rücksichtsloses Vorgehen gegen die Unruhestifter ist.

Mord in einem Chemnitzer Café.

— Chemnitz, 5. August.

Im Café Herold, das als Verkehrslokal der NSDAP gilt, wurde heute nacht der 31-jährige Dietrich Kriebel von einem unbekannten Täter durch einen Kopfschuß so schwer verletzt, daß er kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. — Wie dazu amtlich mitgeteilt wird, wurden die Gäste in dem betreffenden Café von zwei unbekannten Personen, die vorher friedlich im Bier getrunken hatten, plötzlich mit vorgehaltenen Pistolen aufgefordert, die Hände hochzuheben. In dem darauf folgenden Handgemenge erhielt der Dientist von einem der beiden Unbekannten einen Schuß in den Kopf. Die Täter, von denen einer durch einen Wurf mit einem Bierglas verletzt wurde, konnten zunächst entkommen, später aber wurde der Verletzte aufgegriffen und festgenommen. Die Ermittlungen über die Parteugehörigkeit der Täter haben noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Der erschossene Dientist ist parteilos.

Neue Verhaftungen in der Zwickauer Waffenangelegenheit.

— Zwickau, 5. August.

In der bekannten Waffenangelegenheit wurden weitere neun Verhaftungen in der Umgebung vorgenommen. In Chemnitz wurden drei SA-Angehörige festgenommen. Außerdem wurden dort in einer Wohnung mehrere Hundert Schuss Munition und Schusswaffen gefunden. In Chemnitz wurden in Müllern, St. Jacobs, Delsch und Cunnendorff Reichsbannerangehörige verhaftet. Etwa 40 führende Persönlichkeiten des Reichsbanners sind bis jetzt in die Angelegenheit verwickelt.

Schüsse in der Hauptstraße Darmstadts.

— Darmstadt, 5. August.

In der letzten Nacht fielen in der Rheinstraße, der Hauptstraße von Darmstadt, etwa 15-17 Schüsse auf einen in der Straße entlangfahrenden Kraftwagen. Das Ueberfallkommando wurde sofort verurteilt und wurde die ganze Gegend ab, jedoch ohne Erfolg. Es wurde ein grauer Personenkraftwagen festgestellt, der später über die Straße zurückfuhr. Dabei wurden auf einen vor seinem Hause stehenden Passanten nochmals zwei scharfe Schüsse abgegeben.

Verstärkter Polizeidienst in München.

— München, 5. August.

Wegen der Ereignisse in der vorletzten Nacht sind gestern abend in zwei Stadtteilen starke Polizeistreifen eingesetzt worden. Im Westen wurden acht verdächtige Kommunisten, die beim Ereignissen der Polizei geflohen waren, in einem Hause verhaftet aufgefunden und festgenommen. Im Stadtteil Giesing wurden zehn Kommunisten verhaftet, die im Besitz von Waffen waren.

Das preußische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 4. August 1932 u. a. beschlossen, daß der Ministerialrat im preußischen Staatsministerium Dr. Weichmann in gleicher Eigenschaft in das Ministerium für Handel und Gewerbe versetzt wird.

Die Verhandlungen zur Neuordnung der Buttereinfuhr.

— Berlin, 5. August.

Am 1. wird mitgeteilt: In den letzten Tagen haben mit holländischen und dänischen Regierungsvertretern in Berlin Besprechungen über eine Neuordnung der Buttereinfuhr nach Deutschland stattgefunden. Die Besprechungen haben ihr Ende erreicht. Die holländischen und dänischen Unterhändler sind zurückgekehrt, um ihren Regierungen über die letzten deutschen Vorschläge zu berichten.

Ueber den Verlauf der Butterzollverhandlungen weiß die „Königliche Zeitung“ einiges zu berichten: Während von deutschen Interessenten ein Sammelkontingent von 50 000 Tonnen und ein Zollfuß von 100 Mark je Doppelzentner als Grundlage der Verhandlungen gewünscht wird, sollen die ausländischen Interessenten ein Sammelkontingent von mindestens 80 000 Tonnen bei einem Zollfuß von 50 Mark je Doppelzentner vorge schlagen haben. Ueber ein Ausgleichsangebot, das die Reichsregierung angeblich den Vertretern der fremden Mächte gemacht haben soll, war bisher noch nicht in Erfahrung zu bringen. Aber selbst, wenn es in der Frage des Kontingents und des Zollfußes zu einer Verständigung kommen sollte, würde die Verteilung des Kontingents unter die beteiligten Länder noch weitere erhebliche Schwierigkeiten verursachen. Da die Butterausfuhr nach Holland, Dänemark und andere nordische Länder nach Deutschland im Lauf der Zeit erheblich gehandelt haben, spielt der Zeitpunkt, der für die Unterstellung des Kontingents gewählt wird, eine wichtige Rolle. Ein weiterer Streitpunkt zwischen den interessierten Ländern ist die Frage, ob und in welchem Umfang der bisherige Zollsatz auf den Zoll gegenüber den valuta schwachen Ländern aufrechterhalten werden soll.

Das Amazonenkörpers von San Jose.

Kampf mit langen Buschmessern ohne Puder und Schminke.

— London, 5. August.

Einer Meldung des „Daily Herald“ aus Buenos Aires zufolge haben die Frauen der Stadt San Jose in Paraguay das erste Amazonen-Bataillon gebildet, das zum Kampf gegen Bolivien ausziehen will. Die Amazonen bewaffnen sich mit langen Buschmessern. Die Werbung zur Aufstellung der Amazonen-Bataillone geht vom Bund der Mädchen aus, die Entkinder von Offizieren der alten Armee sind. Sie haben, geschoren, keinen Puder, keine Schminke und keine sonstigen kosmetischen Mittel mehr zu gebrauchen, ehe der Gran Chaco nicht wieder in den Händen Paraguays ist. (Woraus deutlich zu erkennen ist, daß es sich bei diesem Krieg um eine ernste Sache und nicht etwa um eine Operette handelt.) Derselben Quelle zufolge hat das Eingreifen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und der Vereinigten Staaten in der Hauptstadt Boliviens eine starke Empörung hervorgerufen. Die bolivianische Presse erklärt, daß die Annahme des Schiedsgerichts-vorschlages einer Aufgabelung der Hoheitsrechte gleichkäme. Es sind Maßnahmen zur Regelung der Verpflegung für die Bevölkerung getroffen worden. In Argentinien hofft man, daß der Krieg noch vermieden werden könne. Argentinien sei stark genug, um dies zu tun.

Aufklärung der Berliner Schulbrände

— Berlin, 5. August.

Die unheimliche Reihe von Bränden in den Berliner Schulen, Kirchen und Kinderheimen, die Wochen hindurch die Berliner Bevölkerung hart bedrängten, hat heute

ihre Aufklärung gefunden. Als Täter wurde ein 21 Jahre alter früherer Kraftwagenführer aus dem Osten Berlins verhaftet. Er wurde überrascht, als er in einen Kinderhort einbrechen wollte.

Nach lundenlangem Kreuzverhör hat er ein umfangreiches Geständnis über seine Brandstiftungen abgelegt. Danach war er arbeitslos und durch seine Notlage schwer nervenkrank geworden. Um sich zu entspannen, wurde er, wie er erklärte, Brandstifter. Zum ersten Male sei er auf diese Idee gekommen, als er in einer Schule habe stehen wollen. Er hatte dort in einem Schreikammer große Mengen Papier und Alfen vorgefunden und gleichzeitig in seiner Tasche eine Schachtel Streichhölzer entdeckt. Damit begann die nunmehr einsehende Serie von 26 Brandtaten dieser Art. In der Wohnung des Verhafteten fand man 50 Schließel Berliner Schulgebäude

Fabrikarbeiter wegen Erbstreitigkeiten erschossen.

Die Mörder verhaftet.

— Halle, 5. August.

Wegen Ermordung eines 20-jährigen Fabrikarbeiters namens Otto Thiem wurden der 20-jährige Schmied Willi Berndt und der 24-jährige Fabrikarbeiter Otto Pietzke verhaftet und in das Wittenberger Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Die Verhafteten haben bereits gestanden, in der Nacht vom 3. Juli den Thiem wegen Erbstreitigkeiten ermordet zu haben. Thiemes Schwester war die Frau von Berndt. Ebenfalls in das Gefängnis eingeliefert wurde die Mutter des Ermordeten, die der Anklage der Beteiligung an der Ermordung ihres Sohnes beschuldigt wird. Die Täter sind mit außerordentlich geschickter Berechnung vorgegangen. Da Thiem sich am 10. Juli vor Gericht wegen eines Diebstahls zu verantworten hatte, beschloßen die Mörder, ihm zuvor zu ermorden, um den Verdacht entstehen zu lassen, Thiem sei durch Komplicen beseitigt worden, die durch ihn vor Gericht belastet zu werden fürchteten. In der Mordnacht ging Berndt mit Thiem zum Angeln, worauf Pietzke den tödlichen Schuß abgab.

Entsetzliche Familientragödie in Rumänien.

— Bukarest, 5. August.

In der besarabischen Gemeinde Stulana hat sich gestern eine entsetzliche Familientragödie abgespielt. Ein Einwohner hatte sich mit seiner Frau zu einer Hochzeit begeben und seine drei Kinder, eine 13-jährige Tochter und zwei Söhne im Alter von 12 und 15 Jahren zu Hause zurückgelassen. Zwischen den Brüdern entstand beim Spielen ein Streit, in dessen Verlauf der Ältere seinen Bruder mit einem Hammer erschlug. Die Schwester wurde beim Anblick der Leiche wahnsinnig. Als die Eltern zurückkehrten und das tote Kind fanden, verübte die Mutter in ihrer Verzweiflung Selbstmord. Der älteste Knabe, der inzwischen geflüchtet war, wurde später in einem Teich in der Nähe des Dorfes als Leiche aufgefunden.

Die Weib...

Herr Reichs...

Der...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

Die...

